

Anfragen zum Plenum in der 28. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge für das Sonderprogramm Schwimmbadförderung (HH Tit. 883 05-2 431) eingereicht wurden, wie hoch der Investitionsumfang der einzelnen Maßnahmen in Summe ist und welche Kommunen bisher einen Zuschlag erhalten?

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wurde von bayerischen Behörden Software vom US-Unternehmen Palantir Technologies (z. B. Gotham, Foundry o. ä.), insbesondere für Predictiv Policing oder im Rahmen der COVID-19-Pandemie, eingesetzt (bitte aufgeschlüsselt nach Behörde, Software, Zeitraum und Einsatzzweck angeben), bestehen sonstige Kontakte (insbesondere Beratungsleistungen) zwischen der Staatsregierung oder nachgeordneten Behörden und Palantir Technologies und haben bayerische Behörden Data-Analytics-Software anderer Anbieter, insbesondere für Predictiv Policing oder im Rahmen der COVID-19-Pandemie, eingesetzt?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie groß ist die Abdeckung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) in Bayern mit kostenfreiem WLAN (bitte unter Angabe der genauen Prozentzahl der von der DB Regio in Bayern gefahrenen Personenkilometer, auf denen ein kostenfreier WLAN-Zugang zur Verfügung steht), wie will der Freistaat die aktuell ungeklärte Frage der Übernahme laufender Kosten für die Datenübertragung lösen und in welchem Zeitraum kann nach Einschätzung der Staatsregierung das Ziel erreicht werden, alle S-Bahnen und Regionalzüge in Bayern mit kostenfreiem WLAN auszustatten?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, von welchem Verteilungsverfahren in Bayern geht sie für die Verteilung der Gelder für die Gewerbesteuer ausfälle, die Kommunen im Zuge der Corona-Pandemie erlitten haben, aus und wann ist nach Ansicht der Staatsregierung mit einer Auszahlung zu rechnen?

Franz Bergmüller
(AfD)

Nachdem §13b Baugesetzbuch (BauGB) „Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren“ durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur „Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt“ vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057) in das BauGB eingefügt wurde, am 13.05.2017 in Kraft getreten und derzeit zwischen Bund und Ländern im Gespräch ist geändert zu werden, frage ich die Staatsregierung, welche Eckpunkte die Richtlinie 2014/52/EU an Spielraum für derartige Änderungen überhaupt zulässt, ob sich die Staatsregierung dafür einsetzt, die Richtlinie 2014/52/EU an sich zu ändern und welche neuen bzw. bereits bestehenden Tatbestandsmerkmale für derartige Änderungen derzeit alles im Gespräch bzw. favorisiert sind?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für den Fall, dass das Grundstück des ehemaligen Bayernkollegs in Augsburg (Fl.-Nr.: 537/237, Gem.: Lechhausen), das sich vor der unentgeltlichen Übertragung an den Freistaat Bayern mit dem Zweck der Errichtung und des Betriebs des Bayernkollegs bereits im Eigentum der Stadt Augsburg befunden hat, nicht an die Stadt Augsburg zurückübertragen bzw. dieser in geeigneter Weise überlassen wird, um dort insbesondere möglicherweise eine weitere staatliche Realschule zu gründen, frage ich die Staatsregierung, ob sodann angedacht ist, das Areal im staatlichen Eigentum zu belassen (ggf. Nutzung durch eine andere staatliche Einrichtung) oder ob die Liegenschaft einer Veräußerung zugeführt werden soll und für welches Vorhaben bzw. welchen Zweck im Detail von Seiten der Immobilien Freistaat Bayern eine Verwertung des Grundstücks vorgesehen wäre?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang wurden Lebensmittelkontrollen in Bayern seit Beginn der Coronapandemie bzw. des Lockdowns im Jahr 2020 ausgesetzt oder reduziert (bitte mit Angabe aller relevanten Details und den Vergleichszahlen aus den Vorjahren 2017 bis 2019), durften Lebensmittelbetriebe, bspw. Schlachthöfe, in denen positive COVID-19-Tests unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführt bzw. COVID-19-Infektionen nachgewiesen wurden, weiter produzieren sowie die bereits produzierten Waren weiter ausliefern und in welchem Umfang wurden in diesem Zusammenhang lebensmittelrechtliche Maßnahmen durch die zuständigen Behörden bezüglich der aus den betroffenen Betrieben stammenden Lebensmittel ergriffen, beispielsweise etwa Rückrufe oder Lebensmittelwarnungen?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an wie vielen Schulen findet in diesem Schuljahr die praktische Prüfung im Rahmen der Verkehrserziehung für die Kinder der vierten Klassen statt (<https://www.km.bayern.de/allgemein/meldung/6998/fahrradpruefungen-koennen-wieder-stattfinden.html>), wo mussten diese ausfallen/verschoben werden (bitte einzeln angeben) und was unternimmt die Staatsregierung, um die Fahrradprüfungen mit eventuell nötiger Kompensation mangelnder Kapazitäten der zuständigen Polizei flächendeckend zu ermöglichen/nachzuholen, damit Kinder lernen, sich sicher im Straßenverkehr zu bewegen?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die für die Betroffenen so wichtigen und gerade in akuten Krisensituationen notwendigen physischen Treffen von Selbsthilfegruppen weitgehend wieder erlaubt sind, frage ich die Staatsregierung, inwieweit die Regelung der 6. Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (6. BayIfSMV, § 5 Abs. 2), die u. a. „Vereinssitzungen“ ausdrücklich nennt, auch für Selbsthilfegruppen gilt, die nicht als Verein organisiert sind, sondern bei denen es sich eher um „lose Zusammenschlüsse“ handelt, welche finanzielle Förderung die Selbsthilfegruppen in Bayern durch die Staatsregierung erwarten dürfen, um die zusätzlichen Kosten zur Einhaltung von Schutz- und Hygienekonzepten, d. h. neben benötigten Desinfektionsmitteln und Schutzausrüstung sowie der Finanzierung von datenschutzkonformen digitalen Kommunikationskanälen, vor allem die Anmietung von größeren Räumen, abzufedern und wie stellt die Staatsregierung sicher, dass in ähnlichen Krisensituationen, etwa bei Infektionsschutzmaßnahmen zur Eindämmung einer „zweiten Corona-Welle“, Treffen von Selbsthilfegruppen und selbstorganisierten Initiativen nicht wieder verboten werden, beispielsweise durch die Anerkennung der besonderen Systemrelevanz von Selbsthilfe und ihren Unterstützungsstellen?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass die Fachoberschule und Berufsoberschule Neusäß sowie das Berufliche Schulzentrum Neusäß künftig von nur einer Schulleitung geführt werden sollen, was sind angesichts des beträchtlichen Verwaltungsaufwands für die Schulleitung, der zuvor ein Hauptgrund für die Teilung der Schule war, die Ursachen für diese Überlegungen und zu welchem Zeitpunkt soll die Dienststelle des Ministerialbeauftragten für die Berufliche Oberschule (Fachoberschule und Berufsoberschule) in Südbayern von Augsburg nach Neusäß verlagert werden, wie es das Staatsministerium beabsichtigt (siehe Drs. 18/2396 vom 17.07.2019)?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Übergriffe und gewalttätiges Verhalten gab es in bayerischen Flüchtlingsunterkünften durch Sicherheitsdienste in den Jahren 2019 und 2020 (bitte so detailliert wie möglich aufschlüsseln), welche Konsequenzen wurden aus diesen Vorfällen gezogen (bitte einzeln auflisten und die Zahl der Vertragsauflösungen mit den Sicherheitsdiensten aufgrund der Übergriffe aufzählen) und kam es zu Verurteilungen der Sicherheitsdienste bzw. zu einer Entschädigung der geschädigten Flüchtlinge (bitte einzeln auflisten)?

Albert Duin
(FDP)

Vor dem Hintergrund, dass ab dem 08.07.2020 die Antragstellung für die Überbrückungshilfe für kleine und mittelständische Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb im Zuge der Corona-Krise ganz oder zu wesentlichen Teilen einstellen müssen, beginnen soll, frage ich die Staatsregierung, wie stellt sie im Rahmen der Umsetzung des Programms in Bayern sicher, dass die Überbrückungshilfe tatsächlich ab dem 08.07.2020 zügig ausgezahlt wird und es zu keinen Verzögerungen wie bei der Soforthilfe kommt, wie setzt sich die Staatsregierung im Bund dafür ein, dass die Antragstellung für die Überbrückungshilfe – unter anderem über das geplante digitale Antragsportal – zügig ermöglicht wird und setzt sich die Staatsregierung perspektivisch für eine Verlängerung bzw. Ausweitung der Überbrückungshilfe bis mindestens zum Jahresende 2020 ein?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bußgeldbescheide wurden auf Grund der Corona-Verordnungen (seitens des Bundes – soweit bekannt – und des Landes) bereits erlassen (bitte nach Art, Anzahl und Höhe der Bußgelder aufschlüsseln) und wie viele Straf- und/oder Ermittlungsverfahren sind auf Grund der Corona-Verordnungen (bitte nach Art, Anzahl und Höhe aufschlüsseln) bereits eingeleitet und/oder bei Gericht anhängig?

Martina Fehlner
(SPD)

Nachdem fast zwei Jahre nach dem Kabinettsbeschluss über die Bewilligung der Finanzierung der Projekte „Eichenzentrum Hochspessart“ und „Naturbegegnungsstätte am Bischborner Hof“ (insgesamt 26,5 Mio. Euro) weiter offen ist, wann ein Gesamtkonzept für diese beiden Projekte vorliegen wird, frage ich die Staatsregierung, wie der derzeitige Planungsstand bei den einzelnen Projekten „Eichenzentrum“ und „Naturbegegnungsstätte Bischborner Hof“ konkret ist, welche Ergebnisse das hydrologische Gutachten zur Wasserversorgung des Hofguts Erlenfurt gebracht hat und wie der weitere Zeitplan zur Umsetzung der beiden Projekte aussieht?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2019/2020 in Bayern nach den bisher übermittelten Ergebnissen jeweils die Abiturprüfungen erfolgreich bzw. nicht erfolgreich abgelegt haben (bitte schriftliche und mündliche Durchschnittsnoten für die verschiedenen Abiturprüfungsfächer und Häufigkeit der erzielten Abiturnoteschnitte zwischen 1,0 und 4,0 einzeln auflühren sowie Anzahl der nicht bestandenen Abiturprüfungen angeben), wie viele Schülerinnen und Schüler nach den bisher übermittelten Ergebnissen im Vergleich zu den Vorjahren (bitte die Daten analog für die Abiturprüfungen 2018 und 2019 angeben) eine mündliche Zusatzprüfung bzw. „Nachprüfung“ in den jeweiligen Fächern in den einzelnen Punktebereichen von 0 bis 15 Punkten abgelegt haben und wie die Schülerinnen und Schüler bei ihren belegten und eingebrachten Halbjahresleistungen in den einzelnen Fächern für 11/1. bis 12/2 vor dem Hintergrund der dieses Jahr angebotenen „Günstigerregelungen“ im Vergleich zu den Vorjahren jeweils abgeschnitten haben (dazu bitte Anzahl der 2020 angemeldeten Ersatzprüfungen und bereits bekannte Ergebnisse zur Teilnahme nach Fächern gegliedert angeben sowie für die Jahre 2011 bis 2020 den bayernweiten Notendurchschnitt der jeweiligen Einzelfächer in der Qualifikationsphase 11/1 bis 12/2 – untergliedert nach belegt und eingebracht – angeben)?

Christian Flisek
(SPD)

Da sich das IT-Meldeprogramm IVENA laut Aussagen aus Expertenkreisen für die Erfassung von Fallzahlen und Belegungsdaten während der COVID-19-Pandemie als äußerst effektiv erwiesen hat, frage ich die Staatsregierung, ob es Pläne und Überlegungen gibt, IVENA aufgrund der positiven Erfahrungen der letzten Monate im Sinne eines transparenten Qualitätsmanagements von medizinischen Ressourcen verpflichtend an den im Bayerischen Krankenhausplan erfassten Krankenhäusern einzuführen?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche finanziellen Mittel aus der Hightech-Offensive der Staatsregierung fließen in Forschungsprojekte aus dem sogenannten Dual Use – bzw. rein militärischen Bereich, welche Vorhaben sind dies im Einzelnen und wie teilen sich dabei die jeweiligen Gesamtkosten zwischen öffentlichen Mitteln und Eigenanteil beteiligter Projektpartner (diese bitte namentlich nennen) auf?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fördermittel, die nicht bereits durch einen Zuwendungsbescheid gebunden sind, stehen aus dem Sonderprogramm „Integrale Konzepte zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement“ (nach Nr. 2.4 RZWas 2018) der Staatsregierung noch im Jahr 2020 zur Verfügung (unter Angabe der exakten Höhe der noch zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel), wie viele weitere Gemeinden können damit voraussichtlich noch ins Förderprogramm aufgenommen werden (bei Zugrundelegung der bisher durchschnittlich bewilligten Fördersummen) und ist von der Staatsregierung geplant, das Sonderprogramm aufgrund seiner hohen Bedeutung über den 31.12.2020 hinaus zu verlängern?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ermittlungsverfahren hat die bayerische Justiz seit 2007 gegen die Wirecard AG verfolgt, in wie vielen Fällen kam es zu einem Prozess und wie oft kam es zu einem Urteil?

Tessa Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der 200 Stellen p. a., die seit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2018 (Art. 6c) der Einstellung schwerbehinderter Menschen vorbehalten sind, sind in 2018 und 2019 besetzt worden, wie verteilen sich diese Neueinstellungen auf die einzelnen Ressorts und wie sind diese Beschäftigten eingruppiert nach Besoldungsgruppen bzw. Entgeltgruppen?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler haben im Vergleich zu den letzten fünf Jahren das Abitur im Schuljahr 2019/2020 am Gymnasium nicht bestanden (absolut und prozentual), wie viele Schülerinnen und Schüler wurden in 12/2 zum Abitur zugelassen, obwohl sie zu oft unterpunktet hatten und wie viele dieser Schülerinnen und Schüler haben das Abitur dennoch bestanden?

Richard Graupner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, hat der Freistaat Bayern der „Entschließung des Bundesrates zur wirksamen Minderung und Kontrolle von Motorradlärm – Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen“ (BR-Drs. 125/20) in der Sitzung am 15.05.2020 zugestimmt, wenn ja, warum und wenn nein, warum nicht?

Harald Güller
(SPD)

Wie hat die Staatsregierung (ggf. über die Regierung von Niederbayern) ihre Zuständigkeit im Vollzug des Geldwäschegesetzes gegenüber der Wirecard AG inkl. Tochterunternehmen und der Wirecard Bank AG wahrgenommen (bitte jeweils Zeitpunkte, Betreff und Maßnahmen benennen), welche Kommunikation hinsichtlich Zuständigkeiten und Maßnahmen fand gegenüber dem Bund bzw. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) statt (bitte jeweils Zeitpunkte und Inhalte benennen) und falls für bestimmte Bereiche der Wirecard AG inkl. Tochterunternehmen und Wirecard Bank AG keine Zuständigkeit zum Vollzug des Geldwäschegesetzes gesehen wird, um welche Bereiche (bitte jeweils auch Gründe für die Nichtzuständigkeit nennen) handelt es sich?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie während des Lockdowns ergriffen hat, um die Suchtberatung und -betreuung (insbes. Alkohol-, Drogen-, Spiel- bzw. Internetsucht) aufrechtzuerhalten, welche Erkenntnisse sie über ein gestiegenes Suchtverhalten während des Lockdowns hat (z. B. gestiegener Beratungs- und Betreuungsbedarf, gestiegene Alkoholverkaufszahlen, gestiegene Zahl von Straftaten unter Einfluss von Alkohol und/oder Rauschmitteln) und wie die Staatsregierung Hilfsangebote unterstützt, um mögliche Mehrbelastungen abzufedern?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Nachdem die Schließung des Städtischen Museums Kitzingen beschlossen wurde, frage ich die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sie zur stärkeren und fachlichen Unterstützung von Museen in kommunaler Trägerschaft (auch exemplarisch am Fall Kitzingen) sieht, welche rechtlichen und fachlichen Maßgaben es im Umgang mit Museumsobjekten eines zur Auflösung anstehenden Museums gibt und ob bzw. in welchem Umfang ggfs. die dauerhafte Schließung des Museums Kitzingen zur Rückforderung von Fördermitteln führen kann, die die Stadt Kitzingen für Gebäude und Ausstattung des Museums vom Freistaat erhalten hat?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Schweinefleisch prozentual in den staatlichen Kantinen verwendet wird, das nach Siegel „BioRegio Bayern“ zertifiziert ist, wie viel Schweinefleisch prozentual in den staatlichen Kantinen verwendet wird, welches aus Bayern oder regionaler Herkunft bzw. mit dem „Geprüfte Qualität Bayern“-Siegel versehen ist und was unternimmt die Staatsregierung, um den Anteil des Fleisches aus Erzeugung mit erhöhten Tierwohlstandards (bitte aufschlüsseln in bio und konventionell) an den staatlichen Kantinen zu erhöhen?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem in Bayern die Teststationen landesweit abgebaut werden, aber alle Bayerinnen und Bayern die Möglichkeit haben sollen, sich auf COVID-19 testen zu lassen, frage ich die Staatsregierung, ist in den Praxen, die sich bereit erklärt haben, genug Schutzkleidung vorhanden, wie wird dafür gesorgt, dass auch weiterhin genug Schutzausrüstung zur Verfügung steht bzw. vorrätig gehalten wird, insbesondere im Hinblick auf lokale Ausbrüche oder gar eine zweite Welle, und wer bezahlt die Beschaffung und Lagerung der Schutzausrüstung?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Vor dem Hintergrund, dass sich die in Aussicht gestellten Fördermittel der Staatsregierung für die Generalsanierung des Staatstheaters Augsburg in Höhe von 106 Mio. Euro auf eine in einem frühen Planungsstadium angestellte Schätzung der zuweisungsfähigen Ausgaben beziehen, frage ich die Staatsregierung, ob sie beabsichtigt, den in Aussicht gestellten Fördersatz von 75 Prozent beizubehalten, also die tatsächliche Fördersumme zu erhöhen, wenn die zuweisungsfähigen Ausgaben im Laufe der Zeit, z. B. aufgrund von Baukostensteigerungen, höher ausfallen, mit Blick auf die Tatsache, dass zwei jüngere Kostenberechnungen für das Bauteil II des Staatstheaters Augsburg (Variante 1 vom Juni 2019: 125 Mio. Euro; Variante 2 vom Juni 2020: 115 Mio. Euro) erheblich über dem Kostenrahmen von 75,3 Mio. Euro liegen, der allerdings der In-Aussicht-Stellung der Fördermittel zugrunde liegt, ob sie beabsichtigt, den in Aussicht gestellten Fördersatz von 75 Prozent auch für zuweisungsfähige Mehrausgaben beizubehalten, die dem Fortschreiten des Planungsprozesses geschuldet sind und wann sie mit der Fertigstellung der Generalsanierung rechnet?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Ergebnisse lieferte eine Kontrolle des Zolls vor einigen Wochen im Münchner Schlachthof – betrieben durch die Münchner Schlachthof Betriebs GmbH und die Schweineschlachtung München GmbH –, wie gestaltet sich die Wohnsituation der durch Subunternehmen/Werkverträge beschäftigten Personen (Zimmerbelegung, Gemeinschaftsräume, Miethöhe etc.) und welche Maßnahmen werden in deren Unterkünften zur Vorbeugung gegen das neuartige Coronavirus getroffen?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die gesamte finanzielle Unterstützung des Freistaates ist, die für die Continental AG am Standort Roding im Landkreis Cham geleistet wurde (bitte Höhe der Zahlungen nach Verwendungszweck gliedern), wie hoch die finanziellen Leistungen des Freistaates für die AVL Software and Functions GmbH an demselben Standort sind (bitte sowohl bereits geleistete als auch zugesagte Mittel nach Jahr und Verwendungszweck gliedern) und unter welchen Bedingungen diese staatlichen Mittel an die AVL Software and Functions GmbH vergeben werden?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Betriebsteile des Schlachthofs in München – betrieben durch die Münchner Schlachthof Betriebs GmbH und die Schweineschlachtung München GmbH – sind derzeit in Betrieb, welche Maßnahmen wurden dort zur Vorbeugung gegen das neuartige Coronavirus und zur Unterbrechung von Infektionsketten durch die Betreiber sowie die Behörden ergriffen und wie wird sichergestellt, dass eine mögliche Infektion von Beschäftigten mit dem neuartigen Coronavirus keine so drastischen Auswirkungen wie in den Betrieben der Firma Tönnies in Nordrhein-Westfalen zur Folge hat?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anzeigen sind gegen Wirecard AG seit 2007 bis heute bei der bayerischen Justiz eingegangen, wann sind diese Anzeigen jeweils eingegangen und wie lauteten die Vorwürfe?

Sebastian Körber
(FDP)

Hinsichtlich der am 28.04.2020 in Kraft getretenen Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO), die vorsah, Autofahrerinnen und Autofahrer bereits bei Geschwindigkeitsüberschreitungen von 21 km/h innerorts bzw. 26 km/h außerorts sofort mit einem Fahrverbot von einem Monat zu sanktionieren und die aufgrund eines Formfehlers rechtswidrig zu sein scheint, weswegen die Staatsregierung auf Anraten des Bundesverkehrsministers Scheuer zum alten Bußgeldkatalog zurückkehrte, frage ich hierzu die Staatsregierung, wie viele Fahrverbote in Bayern (damit sind gemeint Fahrverbote, die infolge des neuen Bußgeldkatalogs verhängt wurden und die nach vorherigem Bußgeldkatalog lediglich eine Geldstrafe und evtl. Punkte und kein Fahrverbot nach sich gezogen hätten) rechtswidrig verhängt wurden, wie viele Fahrverbote in Bayern bereits angetreten bzw. sofort umgesetzt wurden und wie die Staatsregierung gedenkt, mit den bereits verhängten und auch angetretenen bzw. sofort umgesetzten Sanktionen (aufgliedert nach Angabe Gesamtsumme der Bußgeldzahlungen und Anzahl der Fahrverbote) umzugehen?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Staatsregierung das Personal an bayerischen Krankenhäusern, Universitäts- und Reha-Kliniken sowie Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen (einschl. ambulanter Pflegedienste und einschl. stationärer Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung) mit kostenfreier Verpflegung, Privatkliniken mit Zulassung nach § 30 Gewerbeordnung (GewO) mit einer Verpflegungspauschale in Höhe von 6,50 Euro täglich für 20 Tage im Monat unterstützt – antragsberechtigt sind auch solche Einrichtungen, die derzeit keine COVID-19-Patienten behandeln –, wobei die Verpflegungspauschale zweckgebunden eingesetzt werden muss und die Einrichtungen gewährleisten müssen, dass das Geld, welches nicht direkt an die Mitarbeiter weitergeleitet, sondern die Verpflegung vor Ort sichergestellt wird, dies in voller Höhe der Pauschale für die Verpflegung pro Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sachgerecht eingesetzt wird und unter Anbetracht, dass Prüfungen der Anträge bzw. Rechnungen stichprobenartig durch die Bewilligungsbehörde erfolgen können, frage ich die Staatsregierung, wie viele Stichproben wurden von der Bewilligungsbehörde durchgeführt bzw. sind in Planung, wie viele davon haben dazu geführt, dass der Antragsteller die Verpflegungspauschale zurückerstatten musste und wie viele Beschwerden sind von empfangsberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der zuständigen Behörde eingegangen?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Unterscheidungskriterien gibt die Staatsregierung Gastronomiebetrieben und Kulturschaffenden an die Hand, um rechtssicher entscheiden zu können, ob beim gleichzeitigen Angebot von Kultur, Speisen und Getränken in Biergärten und Wirtshäusern eine künstlerische Darbietung eine Ergänzung zum Verzehr von Speisen und Getränken darstellt (Hintergrundmusik) – also die Vorgaben aus §13 Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) gelten – oder ob neben dem Verzehr von Speisen und Getränken im Gastronomiebereich die künstlerische Darbietung im Vordergrund steht – also eine Veranstaltung vorliegt, für die die Bestimmungen aus § 21 Abs. 2 BayIfSMV maßgeblich sind, wie rechtfertigt die Staatsregierung die Möglichkeit, bei dem Laienmusikprogramm rückwirkend Mittel beantragen zu können, insbesondere vor dem Hintergrund, dass dies bei den für den professionellen Bereich ausgelegten Förderprogrammen nicht vorgesehen ist und plant die Staatsregierung Hilfen für professionell Kulturschaffende, die ähnlich dem Laienmusikprogramm rückwirkend ab Mitte März gelten?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Anteil der von Frauen geführten kleineren und mittleren Unternehmen bzw. der selbstständigen Frauen in Bayern, wie hoch ist der Anteil der relativen und absoluten Zahlungen aus den Soforthilfen des Freistaates Bayern an von Frauen geführte kleinere und mittlere Unternehmen bzw. selbstständige Frauen und wie erklärt sich die Staatsregierung die Diskrepanz – sofern diese existiert – zwischen den Zahlen aus Teilfrage 1 und Teilfrage 2?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele ausländische Personen lebten 2019 und im 1. Halbjahr 2020 mit einer Duldung in Bayern, bei wie vielen Personen wurde 2019 und im 1. Halbjahr 2020 die Duldung aufgehoben und was waren die Gründe für die Aufhebung der Duldung?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund der massiven Grundrechtseinschränkungen im Zuge der COVID-19-Pandemie frage ich die Staatsregierung, ob es statistische Erhebungen zu psychischen Folgen der Isolation etc. gibt (insbesondere für Kinder), wenn nein, ob die Staatsregierung gedenkt, solche Erhebungen vorzunehmen und wie die Staatsregierung die psychischen Begleitschäden der einschränkenden Maßnahmen für die Bevölkerung insgesamt bewertet?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele COVID-19-Neuinfektionen sind der Staatsregierung bekannt, die auf die Öffnung der Fahrschulen ab dem 11.05.2020 zurückzuführen sind (bitte Anzahl nennen), aus welchen Gründen hält die Staatsregierung die Maskenpflicht bei Fahrschulunterricht mit insgesamt zwei Personen im Pkw für erforderlich und wann empfiehlt die Staatsregierung das Aufheben der Maskenpflicht für Fahrschulunterricht mit zwei Personen?

Helmut Markwort
(FDP)

Im Rahmen des 2. Untersuchungsausschusses im Bundestag (Pkw-Maut) haben sowohl Dr. Peter Ramsauer, MdB, als auch der damalige Ministerpräsident Bayerns, Bundesinnenminister Horst Seehofer, über die kommunikative Austauschpraxis zwischen Staatsregierung und CSU-Landesgruppe berichtet (wodurch unter anderem dem Protokoll vom 13.02.2020 folgende Aussage von Dr. Peter Ramsauer zu entnehmen ist: „Also, bei den CSU-Landesgruppensitzungen sitzt immer ein Politikommissar aus der Staatskanzlei dabei“ und Horst Seehofer am 28.05.2020 im Untersuchungsausschuss ausführte: „Wir informieren uns gegenseitig: die Landesgruppe, die Minister, die Landtagsfraktionen, die Bayerische Staatsregierung, das ist das Räderwerk“) weshalb ich die Staatsregierung hierzu frage, inwiefern ein Mitarbeiter bzw. Vertreter der bayerischen Staatsregierung bei Sitzungen der CSU-Landesgruppe in Berlin in der Regel teilnimmt, wie die Staatsregierung die Notwendigkeit der Anwesenheit (physisch oder digital) eines Mitarbeiters bzw. Vertreters bei CSU-Landesgruppensitzungen begründet und inwiefern die Staatsregierung hier einen Interessenskonflikt in der Vermischung der Exekutive und Landesgruppen einzelner Fraktionen auf Bundes- bzw. Landesebene sieht?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, weshalb hat sie sich auf Bundesebene nicht für eine Verlängerung des sog. Mietmoratoriums von Juli bis September 2020 eingesetzt, wie ist der aktuelle Sachstand zur Einführung eines Sicher-Wohnen-Fonds und welche Maßnahmen will sie gegebenenfalls auf Landesebene ergreifen, um Wohnungsmieterinnen und -mieter und vor allem auch Gewerbetreibende vor der nun drohenden Kündigungswelle zu schützen?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie bis zum jetzigen Zeitpunkt ergriffen hat, um Klimaneutralität für ihren Ministerialbetrieb – unter Berücksichtigung von Dienstreisen, Wärmeversorgung, Pendelverkehr der Mitarbeitenden und Veranstaltungen – zu erreichen (bitte nach Vermeidung, Reduktion, Kompensation von Treibhausgasemissionen auflisten und bitte begründen, falls keine Maßnahmen ergriffen wurden), welche weiteren Maßnahmen sie in Zukunft hierzu plant (bitte begründen, falls keine Maßnahmen geplant sind) und bis zu welchem Jahr sie das Ziel Klimaneutralität erreichen will?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie entwickelte sich die Zahl der Schlachtbetriebe in Bayern in den vergangenen zehn Jahren (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk und Landkreis angeben), wie beurteilt die Staatsregierung diese Entwicklung (insbesondere den Rückgang der Metzgerbetriebe mit eigener Schlachtung) und welche Fördermöglichkeiten gibt es aktuell zur Förderung von Schlachtbetrieben?

Alexander Muthmann
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Unterstützungsleistungen (insbesondere in personeller Hinsicht) die bayerischen Gesundheitsämter nach einem Abzug der bisherigen Verstärkungskräfte seit Beginn der Corona-Krise rechnen können (bitte auch unter Angabe über mögliche Aufgaben, die künftige Verstärkungskräfte übernehmen sollen), in welcher Form derzeit ein zentraler Überblick über die in den Regionen vorrätigen Schutzausrüstungen und Desinfektionsmittel besteht oder geschaffen werden soll und welche Strategie die Staatsregierung bezüglich der Einlagerung von Schutzausrüstungen und Desinfektionsmitteln hat (insbesondere bezüglich eines möglichen Ablaufs von Haltbarkeitsdaten dieser Materialien und eines entsprechenden rechtzeitigen Verwertungs- und Nachbeschaffungsmanagements)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche örtlichen und zeitlichen Perspektiven sich nun für den Neubau des pädagogischen Campus der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg nach dem Scheitern des Grundstücksankaufs auf dem ehemaligen Schöller-Gelände darstellen, ob alternativ eine Sanierung des bisherigen Standorts, dessen Betriebsgenehmigung 2024 ausläuft, geprüft wird und wie der Sachstand zum Entwicklungskonzept des Hochschulstandorts Erlangen-Nürnberg insgesamt ist?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mit welcher rechtlichen Grundlage die Regierung von Niederbayern ihr Zuständigkeitsverhältnis bei der Geldwäscheaufsicht über die Wirecard Holding AG mit Sitz in Aschheim begründet, welche Aufsichtsbehörde seit Gründung der Wirecard AG im Jahr 1999 die Geldwäscheaufsicht über das Unternehmen sichergestellt hat und ob es zwischen der Regierung von Niederbayern und der Bankenfinanzaufsichtsbehörde Bafin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) Austausch zur Klärung der Zuständigkeit der Geldwäscheaufsicht über die Wirecard Holding AG gab?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kindertageseinrichtungen in Bayern haben seit Veröffentlichung der „Richtlinie zur Gewährung eines Ersatzes von Elternbeiträgen in der Kindertagesbetreuung aufgrund der Betretungsverbote“ einen Beitragsersatz beantragt (bitte differenziert nach Einrichtungsform Krippe, Kindergarten, Kinderhort, Landkreisen sowie nach Bewilligung des Antrags oder Ablehnung), wie viele Anträge sind noch nicht bearbeitet (bitte differenziert nach Krippe, Kindergarten, Kinderhort) und für wie viele Kinder wird somit bislang ein Beitragsersatz gewährt (bitte differenziert nach Krippe, Kindergarten, Kinderhort sowie Landkreisen, in denen die betreffenden Kitas ihren Standort haben)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse liegen zur geheimdienstlichen Tätigkeit des früheren leitenden Mitarbeiters der Hanns-Seidel-Stiftung und seiner Ehefrau, ■■■ und ■■■ vor, für Nachrichtendienste der kommunistischen Volksrepublik China tätig gewesen zu sein, welche geheimdienstlichen Ziele der thematischen Abschöpfung verfolgte die chinesische Diktatur, etwa, laut Bericht von Tagesschau.de vom 27.06.2020, den Weltkongress der Uiguren mit Sitz in München auszuspionieren und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um die intensiven nachrichtendienstlichen Aktivitäten der Volksrepublik China in Bayern aufzudecken und zu unterbinden?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern wird die Teilnahme von Anhängern der QAnon-Ideologie an öffentlichen Kundgebungen etwa im Rahmen der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen von den Sicherheitsbehörden systematisch erfasst, wie stellt sich die Unterstützerszene in Bayern nach Erkenntnissen der Staatsregierung in Hinblick etwa auf Organisationsgrad, Telegram-Channels oder Facebook-Gruppen dar und gibt es maßgebliche Ideologieproduzenten bzw. Milieumanager oder maßgebliche Aktivisten in Bayern?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gelten die mit Markierungs- und Rodungsarbeiten begonnenen Arbeiten am Bau des Straßenkreisel zwischen der St 2345 und der Römerstraße in Esting als auf dem nach Durchführung eines vereinfachten Planänderungsverfahrens gemäß Art. 76 Abs. 3 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) von der Regierung von Oberbayern am 05.02.2020 erlassenen Planänderungsbeschluss „Vorgezogene Herstellung Kreisverkehrsplatz Nord St 2345/St 2069“ basierender Beginn des Baus des Projektes Südwestumfahrung Olching, genehmigt mit dem Planfeststellungsbeschluss „St 2069 Eichenau – Olching Umfahrung westlich Olching“ der Regierung von Oberbayern vom 22.09.2011, seit wann liegt hierzu eine Baubeginnsanzeige vor und wäre ein solcher Baubeginn vor Erteilung der aufgrund der vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebiets an den Gewässern Starzelbach, Gröbenbach und Ascherbach von zuletzt Juli 2019 zwingend erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigung für das gesamte Projekt Südwestumfahrung Olching, laut Staatsregierung zu erlangen über einen ergänzenden Planfeststellungsbeschluss für das Gesamtprojekt, rechtlich zulässig?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Form sie gemäß § 3 Abs. 3 KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz (KiQuTG) bei der Analyse der Ausgangslage sowie bei der Ermittlung der Handlungsfelder, Maßnahmen und Handlungsziele im Rahmen der Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes in geeigneter Weise Vertreterinnen und Vertreter der Elternschaft beteiligt hat, welche konkreten Elternverbände oder Vertreterinnen und Vertreter der Elternschaft beteiligt wurden und welche konkreten Forderungen, die Vertreterinnen und Vertreter der Elternschaft im Rahmen der Analyse der Ausgangslage sowie bei der Ermittlung der Handlungsfelder, Maßnahmen und Handlungsziele artikuliert haben?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Contact-Tracer bzw. Mitarbeiter für das Kontaktpersonenmanagement zur Ermittlung und Nachverfolgung der Kontakte von Personen, die positiv auf das Coronavirus SARS-CoV-2 getestet wurden sowie zur Mitarbeit bei der Anordnung und Überwachung der häuslichen Isolation (Quarantäne) für Personen mit SARS-CoV-2-Infektion und ihre engen Kontaktpersonen, telefonische Kontaktaufnahme während der Quarantäne, Information und Beratung gibt es derzeit in Bayern, wie viele Stellen für Contact-Tracing bzw. für das Kontaktpersonenmanagement zur Ermittlung und Nachverfolgung der Kontakte von Personen, die positiv auf das Coronavirus SARS-CoV-2 getestet wurden sowie zur Mitarbeit bei der Anordnung und Überwachung der häuslichen Isolation (Quarantäne) für Personen mit SARS-CoV-2-Infektion und ihre engen Kontaktpersonen, telefonische Kontaktaufnahme während der Quarantäne, Information und Beratung sind derzeit in Bayern ausgeschrieben und warum sind einige Stellenausschreibungen zum Contact-Tracing im Zuge der Corona-Pandemie bis zum 31.12.2021 befristet?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund von Medienberichten (BR24 vom 22.06.2020: „Hausdurchsuchung bei Erlanger Burschenschafter“) über eine Hausdurchsuchung bei der Erlanger Burschenschaft Frankonia am 18.06.2020 frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über den Handel mit Nazi-Devotionalien und Wehrmachtsutensilien durch Mitglieder der Burschenschaft Frankonia vorliegen, ob bei der Durchsuchung der Räumlichkeiten der Frankonia verbotene Gegenstände sichergestellt wurden und welche Veranstaltungen und Aktivitäten von den bayerischen Sicherheitsbehörden im Rahmen der Beobachtung der rechtsextremen Burschenschaft in den vergangenen fünf Jahren registriert wurden?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Summe, die Bayern aus der zweiten Säule des Startup-Schutzschildes des Bundes erhält, nach welchen Kriterien werden die für Mitte Juli angekündigten Mittel über Bayern Kapital und die Bayerische Beteiligungsgesellschaft (BayBG) an die Unternehmen ausgereicht und wann können die Startups mit der Auszahlung rechnen?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es möglicherweise weitere Unternehmen gibt, bei denen die Zuständigkeit der Geldwäscheaufsicht zwischen einer bayerischen Bezirksregierung und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ungeklärt ist, wie viele Personen bei den bayerischen Bezirksregierungen seit 2010 mit der Durchführung der Geldwäscheaufsicht beschäftigt sind (bitte angeben in Vollzeitäquivalenten und aufgeschlüsselt nach Einsatzort) und ob es bisher Maßnahmen zur Sicherstellung der gesetzlichen Anforderungen nach dem Geldwäschegesetz durch die Regierung von Niederbayern gegen die Wirecard Holding AG wegen Geldwäsche gab (bitte angeben mit Datum)?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie der aktuelle Sachstand bei der Reform der Kostenheranziehung (§ 94 Sozialgesetzbuch Achtes Buch – SGB VIII) auf Bundesebene ist, wie die Staatsregierung den Änderungsbedarf hinsichtlich einer Verringerung der Kostenheranziehung bewertet und mit welchen Maßnahmen sich die Staatsregierung für eine etwaige Reform einsetzt?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Liegeplätze für Schiffe und Boote gibt es aktuell an allen Häfen des Chiemsees (bitte Auflistung nach Häfen und Schiffskategorien), bei welcher Zahl von Liegeplätzen ist gemäß Naturschutz-Richtlinien oder, falls keine vorhanden, nach Ansicht der Staatsregierung, die Kapazitätsgrenze des Chiemsees erreicht und welche Vorschriften oder Konzepte gibt es für die Verbringung des Aushubs aus neu anzulegenden oder bereits bestehenden Häfen?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Planungen vorliegen, um die Gelder des Next Generation Fund in Bayern gezielt einzusetzen, in welche Bereiche in Bayern künftig Gelder von Next Generation anhand der drei vorgegebenen Säulen fließen sollen und inwieweit die Staatsregierung mit der Verausgabung der Gelder konkrete Klima- und Umweltziele, wie den Erhalt der Biodiversität und das Erreichen der Klimaneutralität, verfolgt?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wurden seit Beginn der Corona-Pandemie in Bayern Bußgelder in Höhe von 5.000 Euro aufgrund von Verstößen gegen § 22 Nr. 9 Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) verhängt, in wie vielen Fällen wurden seit Beginn der Corona-Pandemie in Bayern Bußgelder für Inhaber von Ladengeschäften und Verkaufsstellen verhängt, weil ein Kunde der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes nicht nachgekommen ist und in wie vielen Fällen wurden seit Beginn der Corona-Pandemie in Bayern Bußgelder für Kunden in Ladengeschäften und Verkaufsstellen verhängt, weil die Kunden der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes nicht nachgekommen sind?

Christoph Skutella
(FDP)

Vor dem Hintergrund der 2019 erfolgten Bestandsaufnahme der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und der Verschlechterung des ökologischen Zustands bei 17 Prozent der Oberflächengewässerkörper im Vergleich zu 2015 (siehe Antwort auf die Drs. 18/8539 Nr. 50), frage ich die Staatsregierung, ob es Schwerpunkte der Verschlechterung innerhalb Bayerns gibt, welche Ursachen sie für die jeweiligen Verschlechterungen bisher ausmachen konnte und wie genau sich die Verschlechterungen darstellen (Anteil der Abstufungen von „sehr gut“ auf „gut“, von „gut“ auf „mäßig“, von „mäßig“ auf „unbefriedigend“, von „unbefriedigend“ auf „schlecht“)?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Äußerung von Staatssekretär Klaus Holetschek am 03.03.2020 in der Augsburgener Allgemeinen, das Bauen nach Corona müsse komplett neu gedacht werden, frage ich die Staatsregierung, was genau sie dazu plant (Zukunftskommission, Runder Tisch etc.), welcher Zeitplan vorgesehen ist und wer daran beteiligt wird?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Anteil der Gesundheitsämter und Labore in Bayern, die an DEMIS (Deutsches Elektronisches Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz) bereits angeschlossen sind, bis wann werden die übrigen Gesundheitsämter und Labore an das System angeschlossen und mit welchen Maßnahmen unterstützt die Staatsregierung das Projekt?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Tagungstermine des Dialogforums „Leben und Arbeiten 4.0“ für die Jahre 2020/2021 geplant sind, welche konkreten inhaltlichen Schwerpunkte das Gremium in diesem Zeitraum behandeln wird und wie das Gremium aktuell personell besetzt ist (bitte Namen der Expertinnen und Experten beifügen)?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzen die Behörden die derzeitige Situation in der bayerischen Fleischindustrie und im Münchner Schlachthof – betrieben durch die Münchner Schlachthof Betriebs GmbH und die Schweineschlachtung München GmbH – im Speziellen ein, welche Maßnahmen werden zur Vorbeugung gegen das neuartige Coronavirus von den Behörden in der bayerischen Fleischindustrie ergriffen und wie wird sichergestellt, dass eine Infektion von Beschäftigten der bayerischen Fleischindustrie mit dem neuartigen Coronavirus zu keinem erneuten unspezifischen Ausbruchsgeschehen in Bayern führt?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen in den Kap. 05 12-05 19 des laufenden Haushalts waren zum 01.07.2020 nicht besetzt (bitte nach Kap. getrennt ausweisen), wie viele Stellen konnten durch die Maßnahmen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zur Sicherstellung des Unterrichts (Teilzeiterhöhungen, Erhöhung der Wochenstunden, Aussetzung des Antragsruhestandes, et. al.) bisher besetzt werden (bitte nach Maßnahme getrennt ausweisen) und wie viele Stellen werden für die „speziellen schulbegleitenden Unterstützungsangebote“ zur Lückenschließung zusätzlich benötigt (bitte nach Schularten getrennt ausweisen)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wurde der Antrag des Freistaates Bayern an den Bundesrat vom 11.09.2019 mit dem Titel „Reformbedarf im Erneuerbare-Energien-Gesetz: Nationale Spielräume nutzen, Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben, Eigenversorgung erleichtern und Fehlsteuerungen für stromintensive Unternehmen beseitigen“ mittlerweile in den zugewiesenen Ausschüssen behandelt, welche Initiativen hat die Staatsregierung für eine EEG-Änderung (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) in den angesprochenen Themen regionale Steuerung des Ausbaus erneuerbarer Energien, Anreize für große Dachanlagen, Reform der Regelungen der Eigenversorgung, Einführung einer Überschussstromabnahme für ausgeforderte Anlagen und Übernahme der EU Richtlinie 2018/2001 in bundesdeutsches Recht ergriffen und was plant die Staatsregierung in den nächsten Monaten, um den Forderungen aus dem genannten Antrag auf Bundesebene bei der anstehenden Reform des EEG Nachdruck zu verleihen?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch in Bayern aktuell in absoluten und relativen Zahlen die Armutsgefährdung der unter 25-Jährigen ist (bitte aufgliedert nach Regierungsbezirken), wie hoch sie jeweils bei Frauen und Männern in dieser Altersgruppe ist und wie sich diese Zahlen (unter 25-jährige Personen insgesamt/Frauen/Männer) in den vergangenen zehn Jahren entwickelt haben?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter, die derzeit auch das Lernen zuhause unterstützen dürfen, für den Einsatz aber hier teilweise lange Wegstrecken zurücklegen müssen, ihre zusätzlichen Kosten (Kilometer, Benzin, Aufwand) geltend machen können, wenn die Bezirke direkt für diese Unkosten aufkommen, unter welchen Richtlinien dies geschieht (bitte aufgeschlüsselt, ab wie vielen Kilometern und in welcher Höhe wird erstattet) und ob die Staatsregierung weitere Möglichkeiten sieht bzw. plant diesen Einsatz zu honorieren?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum werden die Kultusministeriellen Schreiben an die Eltern nicht auch in leichter Sprache verfasst und auf der Homepage des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (StMUK) veröffentlicht, um Eltern, die mit der Schriftsprache nicht oder wenig vertraut sind die Inhalte leichter verständlich zu machen bzw. die Kinder den Eltern die Schreiben des StMUK vorlesen und gegebenenfalls übersetzen können, sodass auch dieser Bevölkerungsgruppe wichtige Informationen nicht vorenthalten bleiben?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Unterstützung für Planungsaufgaben im Bereich des Tagestourismus lässt die Staatsregierung bereits jetzt und künftig Kommunen zukommen, um sie beim Umgang mit und der Lenkung von Besucherinnen- und Besucherströmen zu unterstützen, die sich gerade durch die Corona-Krise an bestimmten touristischen Hotspots in Bayern noch verstärkt haben, welche Fördermöglichkeiten können die regionalen Planer hier abschöpfen und inwieweit möchte die Staatsregierung einer übergeordneten, überregionalen Planungsstruktur Vorschub leisten (konkrete Maßnahmen), um künftig besser mit der Herausforderung „Overtourism“ umgehen zu können?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird sichergestellt, dass die Ärztinnen und Ärzte Laborkapazitäten zur Verfügung gestellt bekommen, sodass sie wie gefordert, innerhalb von 48 Stunden den von ihnen getesteten Personen Testergebnisse zusichern können, wie wird sichergestellt, dass die Ärztinnen und Ärzte genug Schutzausrüstung hierfür haben und wie wird sichergestellt, dass die Seniorenheime und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung genug Schutzausrüstung zur Verfügung haben?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es in Bayern Strukturen gibt, mit denen die (Staats-)Regierung als Oberste/Höhere Denkmalschutzbehörde die Tätigkeiten der Unteren Denkmalschutzbehörden überprüft (sich bspw. über aktuelle Sachstände berichten lässt), in welcher Form (beispielsweise Regelmäßigkeit, Treffen oder schriftlich, welche beteiligten Personen) dieser, wenn vorhandene, Austausch stattfindet und welche Verfahren es gibt, wenn Untere Denkmalschutzbehörden ihren Verpflichtungen zum Schutz von Denkmälern nicht in angemessener Form nachkommen?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sieht die Unterstützung und Entlastung für die Förderlehrkräfte konkret aus, von der sie in ihrer Antwort zu Frage 2 der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Annette Karl „Eigenverantwortlicher Unterricht von Förderlehrern“ unter Drs. 18/7068 spricht?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Gremien von Städten, Märkten und Gemeinden, Landkreisen, kreisfreien Städten und dem Bezirkstag im Regierungsbezirk Oberbayern werden derzeit kommunale Mandatsträger (Gemeinderäte, Stadträte, Kreisräte, Bezirksräte) vom Landesamt für Verfassungsschutz überwacht (bitte nach Gremium auflisten), welchen Fraktionen gehören die derzeit vom Landesamt für Verfassungsschutz (VS) überwachten, kommunalen Mandatsträger (Gemeinderäte, Stadträte, Kreisräte, Bezirksräte) aus Gremien von Städten, Märkten und Gemeinden, Landkreisen, kreisfreien Städten und dem Bezirkstag im Regierungsbezirk Oberbayern an (bitte nach Fraktion namentlich auflisten oder Tabelle von Frage 1a entsprechend ergänzen) und hat das Landesamt für Verfassungsschutz Kenntnisse über die Verbindungen und Zusammenarbeit von und mit VS-überwachten Mandatsträgern aus Oberbayern zu Fraktionen des demokratischen Spektrums (CSU, SPD, AfD, FW, Bayernpartei, ÖDP etc.)?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie greift sie den am 24.06.2020 an Ministerpräsident Dr. Markus Söder gerichteten Appell für eine „Initiative für ein zukunftsfestes Bayern“ auf, der von Vertreterinnen und Vertretern der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, des Bunds Deutscher Architekten, der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, der Deutschen Akademie für Städtebau und Landschaftsplanung, der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, des Verbands beratender Ingenieure, des Bunds Deutscher Landschaftsarchitekten, des Landesverbands für Gartenbau und Landespflege, des Bund Naturschutz in Bayern, der Katholischen Landvolkbewegung Bayern, des Münchner Forums, Sonnenenergie Erlangen, des Deutschen Verbands für Landschaftspflege, der Geographischen Gesellschaft Würzburg, der Katholischen Landjugend Bayerns, der Evangelischen Landjugend in Bayern, der Alpenschutzkonvention CIPRA Deutschland, des Landesvereins für Heimatpflege, der Bayerischen Architektenkammer, des Vereins für Nachhaltigkeit und der Energie- und Klimaallianz Forchheim unterzeichnet wurde und der die Staatsregierung auffordert beim Flächen-, Klima- und Artenschutz bewusster, vorausschauender und mutiger zu handeln, wenn die Staatsregierung diesen Appell nicht oder nicht vollumfänglich aufgreift, durch welche bisherigen Maßnahmen sieht sie sich gewappnet, um in den nächsten Jahren angemessene Lösungen für eine transformative Landesentwicklung zu erarbeiten und aufzubauen und wie bekräftigt der Appell aus Sicht der Staatsregierung auch die bereits vorliegenden, aber noch nicht umgesetzten Empfehlungen des Abschlussberichts der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“?